



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Josef Moser
Mag. Julius Braun

Leiter der AK-Wirtschaftspolitik
Geschäftsführer des ISW

**Trotz Aufschwungs in den Unternehmen:
Der Druck auf die Beschäftigten steigt.**

Pressekonferenz
5. Oktober 2010, 10 Uhr, Arbeiterkammer OÖ

Für die Unternehmen scheint die Krise überwunden, nicht aber für die Beschäftigten. Sie spüren den Aufschwung nur in Form von steigendem Leistungsdruck. Einsparungen, zu wenig Personal, enge Zeitvorgaben und nicht zuletzt Umstrukturierungen sind die Hauptursachen dafür. In 75 Prozent der Unternehmen werden regelmäßig Überstunden geleistet, obwohl die Beschäftigten lieber kürzer arbeiten würden. Krankenstände und Burn-Out-Fälle nehmen zu.

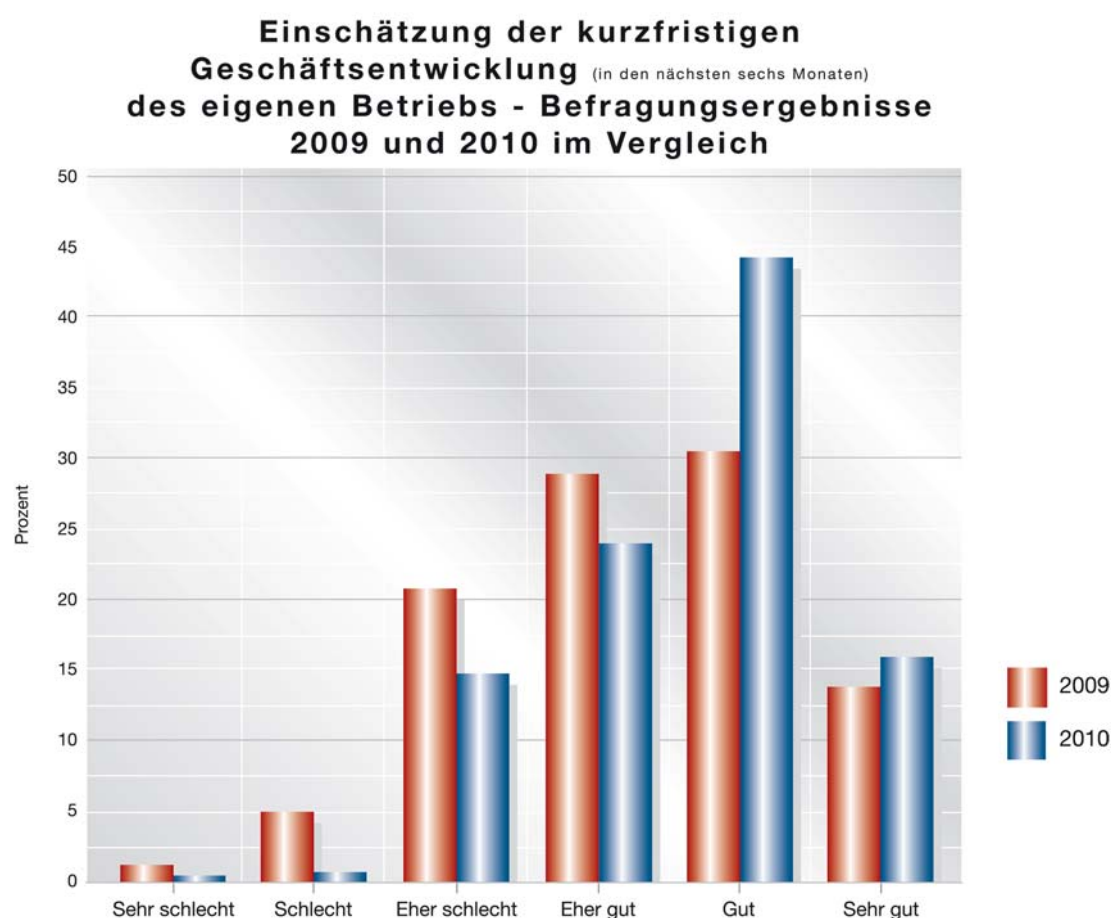
Das sind die markantesten Ergebnisse der Betriebsrätebefragung 2010 des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) der AK Oberösterreich. Die Studie zeigt einmal mehr: Die Arbeit gehört besser verteilt – es ist höchste Zeit nicht nur für eine Reduktion der Überstunden, sondern auch für eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich! Die AK fordert außerdem höhere Einkommen für die Niedrigverdiener/-innen – bei den heurigen Lohnverhandlungen müssen deutliche Erhöhungen herauschauen.

Details zur Studie

Die ISW-Betriebsrätebefragung wurde heuer zum dritten Mal durchgeführt. Dieses Jahr lag der Schwerpunkt auf den Themen Arbeitszeit und Leistungsdruck. 1.663 Vorsitzende aus Angestellten- und Arbeiterbetriebsrat quer durch alle Branchen wurden eingeladen, an der Befragung teilzunehmen. Sie vertreten etwa 220.000 Beschäftigte in oberösterreichischen Betrieben. Die Rücklaufquote beträgt 36 Prozent, es liegen insgesamt 598 Beantwortungen aus 543 unterschiedlichen Betrieben vor. Der Zeitraum der Befragung war Juni 2010.

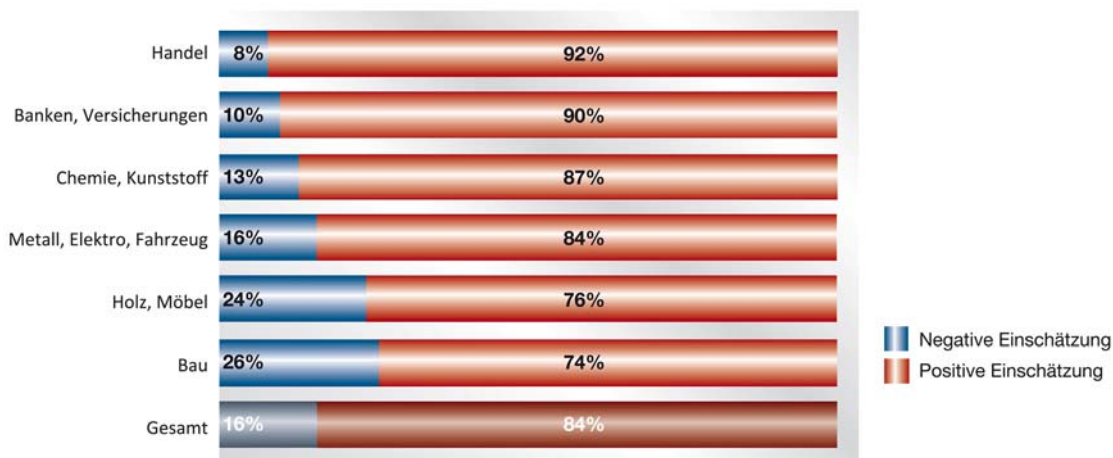
Die Geschäfte „laufen“ wieder

Etwa 60 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden prognostizieren heuer eine gute bzw. sehr gute Geschäftsentwicklung des eigenen Betriebes. Bei der Betriebsrätebefragung im Vorjahr waren es nur 45 Prozent. Gingen 2009 noch mehr als ein Viertel der Befragten von einer negativen Geschäftsentwicklung aus, sind es bei der aktuellen Befragung nur noch 15 Prozent.



Eine deutliche Erholung ist in der großen Metall-/Elektro-/Fahrzeugbranche zu erkennen: Nur noch 16 Prozent der befragten Betriebsräte/-innen erwarten eine negative Geschäftsentwicklung. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 42 Prozent!

Einschätzung der kurzfristigen Geschäftsentwicklung in den einzelnen Branchen



Besonders positiv schätzen die Befragten im Handel und im Banken- und Versicherungssektor die Geschäftsentwicklung ein. Vergleichsweise kritisch - und das ist eine Veränderung gegenüber der Vorjahresbefragung – wird hingegen die wirtschaftliche Entwicklung in der Baubranche gesehen. Die konjunkturstützenden Maßnahmen sind am Auslaufen und neue Aufträge nicht in Sicht. Ein Konjunkturpaket zur Förderung sinnvoller Bauvorhaben (thermische Sanierung, Infrastruktur, etc.) zur Stützung des Aufschwungs wäre aus Sicht der AK dringend notwendig.

Es wird wieder mehr investiert

Mehr als 20 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden gehen von einer erhöhten Investitionstätigkeit aus. Bei der Befragung 2009 betrug dieser Anteil nur zehn Prozent. Mehr als 40 Prozent rechnen mit einem gleichbleibenden Investitionsniveau und etwa ein Drittel der Befragten erwartet geringere Investitionen. Dieser Anteil betrug 2009 noch über 50 Prozent.

40 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden geben an, dass ihr Betrieb von der Wirtschaftskrise betroffen war, diese jedoch bereits überwunden hat. Rund 30 Prozent meinen, dass der Betrieb immer noch in der Kri-

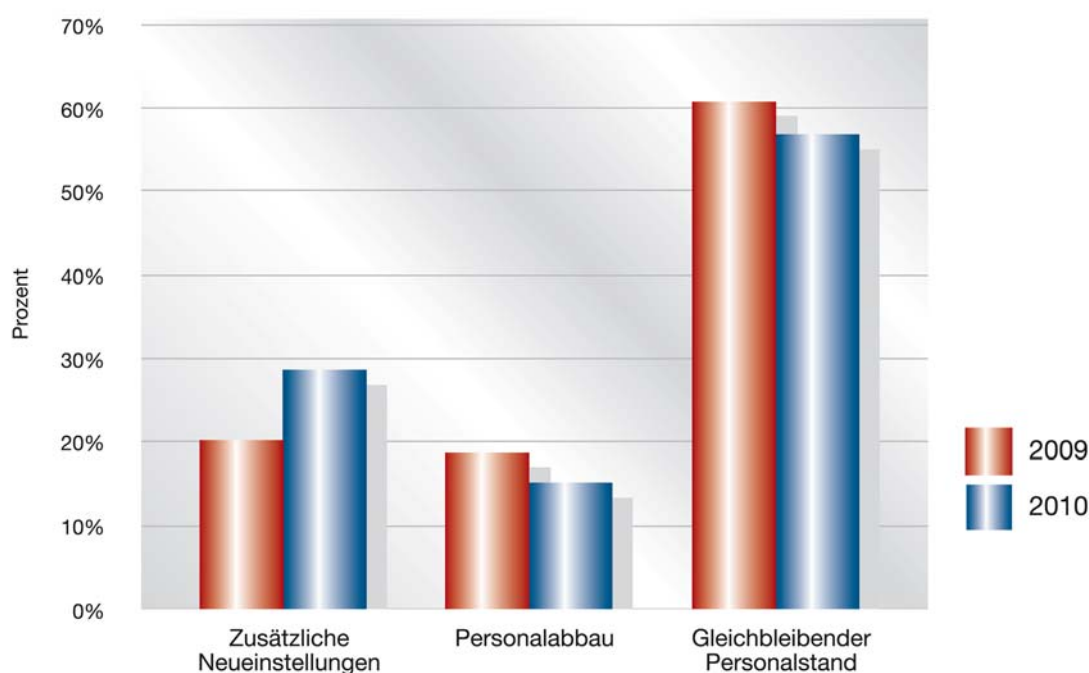
se ist. Weitere 30 Prozent sind der Ansicht, dass die Wirtschaftskrise ihren Betrieb „verschont“ hat.

Neueinstellungen: vorwiegend Leiharbeiter

Im Vergleich zu den vorhergehenden Befragungen gibt es 2010 erstmals einen positiven Saldo von Personalabbau und Neueinstellungen: Es gibt mehr Betriebsräte/-innen, die in den nächsten zwölf Monaten zusätzliche Neueinstellungen erwarten als solche, die von einem (weiteren) Personalabbau ausgehen.

Einschätzungen zur Entwicklung des Personalstands in den nächsten 12 Monaten

(bezogen auf die Stammbesellschaft, Befragungsergebnisse 2009-2010 im Vergleich)



Etwa 30 Prozent erwarten zusätzliche Neueinstellungen, 14 Prozent rechnen mit Personalabbau. Allerdings: 32 Prozent der Betriebsräte/-innen erwarten eine Zunahme an Leiharbeitnehmern/-innen im Betrieb. Sehr positiv sind die Erwartungen bei den Befragten aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich. In der Industrie und im Gewerbe, wo während

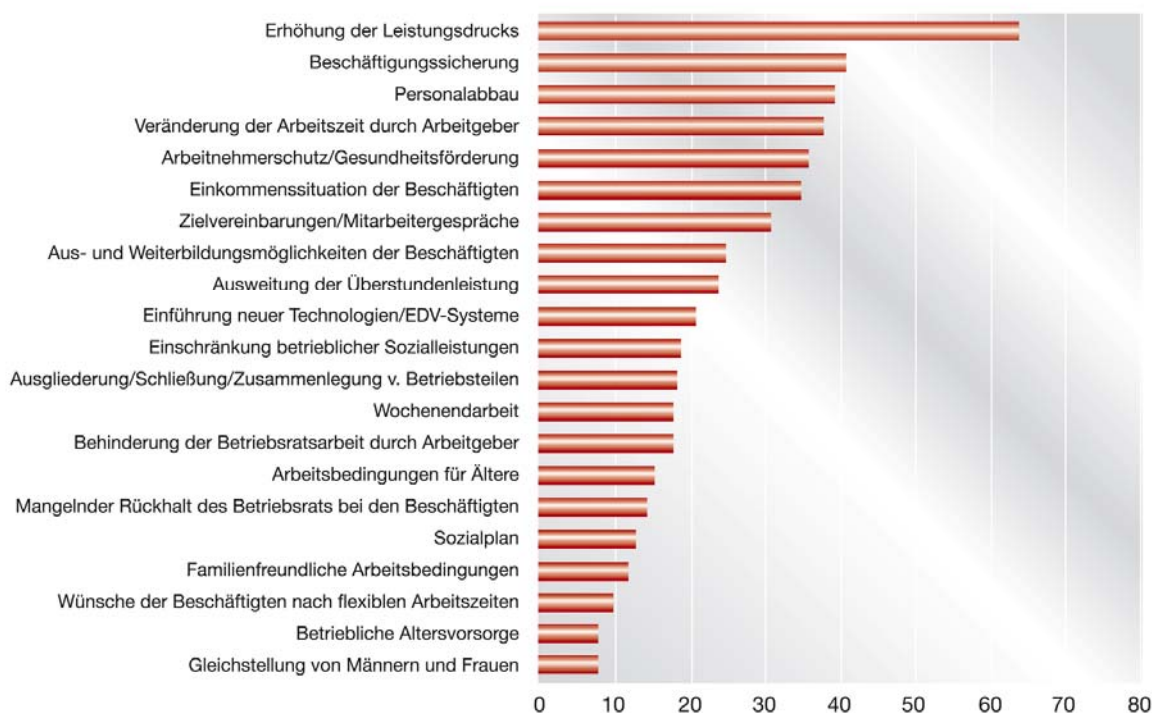
der Krise die meisten Arbeitsplätze verloren gingen, gibt es ebenfalls erstmals eine positive Tendenz.

Hauptsorge „Leistungsdruck“

Beschäftigungssicherung und Personalabbau haben die Betriebsratsarbeit in den vergangenen zwölf Monaten dominiert. Nun ist es der steigende Leistungsdruck auf die Beschäftigten, der zunehmend zum zentralen Thema wird. Beinahe zwei Drittel der Betriebsratsvorsitzenden gaben an, damit konfrontiert zu sein.

Mit welchen Themen hat sich der Betriebsrat in den letzten 12 Monaten besonders beschäftigt?

(Angaben in Prozent)



Weitere brennende Themen in der Vertretungsarbeit sind **Beschäftigungssicherung und Personalabbau** - auch wenn der Anteil der Betriebsräte/-innen, die sich mit Personalabbau auseinandergesetzt ha-

ben, im Vergleich zur Vorjahresbefragung etwas gesunken ist (minus sieben Prozentpunkte).

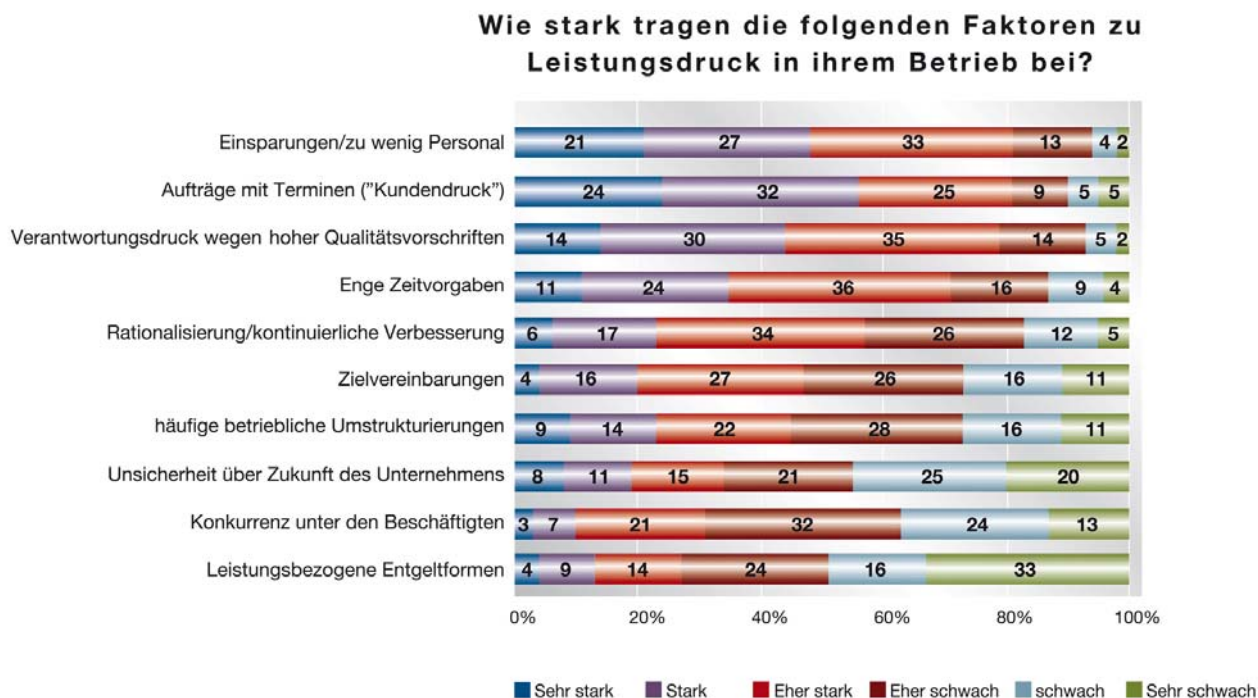
Zugenommen hat hingegen die Beschäftigung mit dem Thema „**Ausweitung der Überstundenleistung**“ (plus drei Prozentpunkte). Mehr als ein Fünftel der Befragten gab an, damit konfrontiert gewesen zu sein. In vielen Betrieben waren Arbeitsplätze abgebaut bzw. nicht nachbesetzt worden- neue Aufträge können oft nur durch mehr Überstunden bewältigt werden.

17 Prozent der Betriebsräte/innen berichten von einer **Behinderung der Betriebsratsarbeit** durch die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber, 14 Prozent von mangelndem Rückhalt in der Belegschaft. Dieser Anteil ist gegenüber der Vorjahresbefragung deutlich zurückgegangen (minus acht Prozentpunkte).

Im Vergleich zur letzten Befragung scheint das Thema „**Ausgliederung/Schließung/Zusammenlegung von Betriebsteilen**“ an Dringlichkeit gewonnen zu haben: Für ein Zehntel der Betriebsräte/-innen ist es das größte Problem. Nach der Krise finden nun in vielen Unternehmen Umstrukturierungen statt, die die Arbeitnehmer/-innen zusätzlich belasten.

Mehr Arbeit, zu wenig Personal

70 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden geben an, dass der Leistungsdruck auf die Beschäftigten in ihrem Betrieb in den letzten fünf Jahren teilweise stark gestiegen ist. Etwa die Hälfte findet, dass der Leistungsdruck speziell in den letzten zwölf Monaten zugenommen hat. Verschiedene Faktoren tragen zur Arbeitsverdichtung bei.



Einsparungen bzw. eine zu dünne Personaldecke tragen für rund 80 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden stark zum Leistungsdruck bei. Auch „Kundendruck“ und Verantwortungsdruck aufgrund hoher Qualitätsvorschriften machen den Beschäftigten zu schaffen. Für zwei Drittel der Betriebsrätinnen und Betriebsräte führen enge Zeitvorgaben zu hohem Leistungsdruck. Etwa die Hälfte der Betriebsratsvorsitzenden berichtet davon, dass Pausenzeiten gelegentlich nicht eingehalten werden und dass Mitarbeitern/-innen vorübergehend der Urlaub verweigert wird. Für 60 Prozent der Betriebsräte/-innen macht sich der Leistungsdruck durch mehr und längere Krankenstände bemerkbar, in 63 Prozent der Betriebe gibt es Fälle von Burn-Out. Allerdings: In nur zehn Prozent der Betriebe gibt es eine klare Regelung (z.B. Betriebsvereinbarung), wie mit Burn-Out umgegangen wird.

Hohe regelmäßige Überstundenleistung

75 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden geben an, dass in ihrem Betrieb regelmäßig Überstunden geleistet werden. Jene Beschäftigten, die Überstunden leisten, tun dies durchschnittlich im Ausmaß von 6,7

Stunden pro Woche. Arbeiter/-innen scheinen mehr Überstunden zu leisten als Angestellte: Die Arbeiterbetriebsräte/-innen schätzen, dass die Beschäftigten durchschnittlich 7,7 Überstunden pro Woche leisten. Bei den Angestellten liegt dieser Wert bei 6,3 Stunden pro Woche. 27 Prozent der Betriebsräte/-innen gaben an, dass es in ihrem Betrieb vorkommt, dass Überstunden nicht korrekt abgegolten werden. Bei Überstundenpauschalen geben 40 Prozent an, dass die tatsächlich geleisteten Überstunden die Pauschalen meist übersteigen.

Durch den Abbau von Überstunden könnten allein in Oberösterreich bis zu 10.000 Arbeitsplätze geschaffen werden! Das geht aber nur mit einer gleichzeitigen Anhebung der Löhne. Denn: Überstunden sind für viele Beschäftigte ein wichtiger Teil des Einkommens. Das machen 60 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden deutlich. Von den befragten Betriebsräten/-innen aus Industrie und Gewerbe geben sogar 69 Prozent an, dass dies der Fall ist. Im Dienstleistungsbereich teilen 50 Prozent, im Sozial- und Gesundheitsbereich nur 25 Prozent diese Einschätzung.

Arbeiter in der Industrie tragen immer noch häufig den größten Teil zum Familieneinkommen bei - Überstunden sind oft die einzige Möglichkeit, ihr Einkommen aufzubessern. Im Gegenzug finden sich im Dienstleistungs- und Sozialbereich viele Frauen, die Teilzeit arbeiten und für die der Wunsch nach Überstunden keine so große Rolle spielt, da sie ja Beruf und Familie vereinbaren müssen.

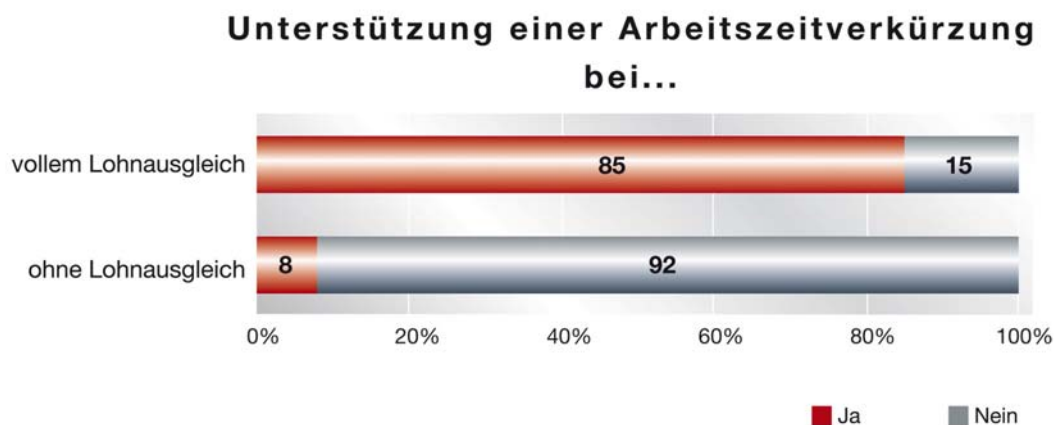
Wunsch nach „kürzer arbeiten“

Nach Einschätzung der Betriebsratsvorsitzenden gibt es dennoch ein starkes Bedürfnis, kürzer zu arbeiten: „Die Beschäftigten möchten eigentlich weniger Überstunden leisten.“ Dieser Aussage stimmen etwa 60 Prozent der befragten Betriebsräte/innen bis eher voll und ganz zu.

Damit sich die Arbeitnehmer/-innen eine Reduktion der Überstunden aber überhaupt „leisten“ können, braucht es eine Erhöhung der Real-

löhne vor allem bei den niedrigen Einkommen und die Einführung des Mindestlohns von 1.300 Euro.

Die Betriebsratsvorsitzenden in Oberösterreich treten grundsätzlich für eine Arbeitszeitverkürzung bei *vollem Lohnausgleich* ein. Gleichzeitig sind sich die Betriebsräte/-innen aber über problematische „Nebenwirkungen“ einer Arbeitszeitverkürzung ohne Begleitmaßnahmen im Klaren: Vier Fünftel der Befragten sind der Ansicht, dass eine Arbeitszeitverkürzung den Beschäftigten einen höheren Leistungs- und Zeitdruck verschaffen würde. Sie muss aus Sicht der AK daher unbedingt mit Lohn- und Personalausgleich einhergehen!



Die Kurzarbeit während der Krise wurde von vielen Arbeitnehmern/-innen auch positiv bewertet – vor allem hinsichtlich Lebensqualität und Arbeitsplatzsicherung. 75 Prozent der Betriebsräte/-innen, in deren Betrieben kurz gearbeitet wurde, gaben an, dass sich die Einstellung der Mitarbeiter/-innen gegenüber der Kurzarbeit zum Positiven gewandelt hat.

Beschäftigte am Aufschwung beteiligen

Die Umfrage zeigt deutlich: Die Mehrzahl der Betriebsräte/-innen erwartet eine sehr positive Geschäftsentwicklung im Betrieb. Von diesem Aufschwung müssen nun auch die Arbeitnehmer/-innen profitieren, die

bisher die Hauptlast der Krise zu tragen hatten. Die Tendenz, dass ein Teil der Arbeitnehmer/-innen „arbeitet bis zum Umfallen“ und ein anderer Teil keine oder nur prekäre Beschäftigung - etwa in Form von Leiharbeit - findet, wird fortgeschrieben. Die bestehende Arbeit auf mehrere Hände zu verteilen, ist daher ein Gebot der Stunde. Vorausgesetzt, die Arbeitnehmer/-innen erzielen Einkommen, die einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen!

Der Weg zu einer gerechteren Verteilung von Arbeit und Arbeitszeit muss also von zwei Seiten beschritten werden: Einerseits durch eine Reduktion der Überstunden und eine Verkürzung der Normalarbeitszeit. Andererseits durch eine Stärkung der Einkommen in den Niedriglohnssektoren und generell der unteren Einkommensgruppen.

AK-Forderungen im Überblick

- Bei den Lohnverhandlungen muss für die Arbeitnehmer/-innen eine deutliche **Realloohnerhöhung** herauschauen. Die wirtschaftliche Basis dafür ist gegeben.
- Der extrem hohe Leistungsdruck kann am Wirksamsten durch die Aufnahme von **mehr Personal** entschärft werden. Eine Reduktion der Überstunden und eine Reduktion der Normalarbeitszeit würde neue Arbeitsplätze schaffen.
- Die Arbeitszeitverkürzung darf **keinen Lohnverlust** bedeuten und muss mit einem Personalausgleich verbunden werden.
- Gleichzeitig müssen die Einkommen der wenig verdienenden Arbeitnehmer/-innen gestärkt werden. Eine **Einführung eines Mindestlohns** in der Höhe von 1300 Euro ist deswegen notwendig.

(Alle Grafiken in druckfähiger Version unter

www.arbeiterkammer.com)